

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Brigitte Hayn und Christine Schneider (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Umsetzung der EU-Richtlinien im Rahmen des Landeswassergesetzes zur Ausweisung von Überschwemmungsgebieten und den Folgen

Die **Kleine Anfrage 586** vom 19. Januar 2012 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Gebiete sollen als Überschwemmungsgebiete ausgewiesen werden?
2. Auf welcher technischen Grundlage erfolgt die Ausweisung?
3. Ist es beabsichtigt, auf alle bereits bisher bestimmten Überschwemmungsgebiete die wesentlich weiter gehenden Sanktionen anzuwenden, wie sie jetzt aufgrund der EU-Richtlinie, dem Landeswassergesetz und dem WHG möglich sind?
4. Welchen Spielraum hat die Landesregierung bzw. haben nachgeordnete Behörden bei der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten?
5. Welche Auswirkungen hat die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten auf die betroffene Bevölkerung?
6. Welche Einschränkungen für die Entwicklung oder Bewirtschaftung sind bei den ausgewiesenen Überschwemmungsgebieten zu erwarten?
7. Ist die in der Präambel/Artikel 24 der EU-Richtlinie allen Ländern freigestellte Verhältnismäßigkeit auch im Falle von Haßloch und allen anderen noch zu bestimmenden Gebieten gewahrt?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. Februar 2012 wie folgt beantwortet:

Überschwemmungsgebiete sind gesetzlich u. a. definiert als „Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern und sonstige Gebiete, die bei Hochwasser überschwemmt oder durchflossen werden“ (§ 76 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz [WHG]/sogenannte faktische Überschwemmungsgebiete). Die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten erfolgt somit in erster Linie auf der Grundlage der naturräumlichen Gegebenheiten und den Erkenntnissen über vergangene Hochwasserereignisse.

Nach Maßgabe der Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (HWRM-RL) sind Hochwassergefahrenkarten zu erstellen. Diese Karten erfassen innerhalb der Gebiete mit signifikantem Hochwasserrisiko (Risikogebiete) Gefährdungen, die sich aus dem Ausmaß der Überflutung, der bei Hochwasser zu erwartenden Wassertiefe und dem Wasserstand sowie der Fließgeschwindigkeit und ggf. dem für die Risikobewertung bedeutsamen Wasserabfluss ergibt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage 586 namens der Landesregierung wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 4:

Nach den bundesgesetzlichen Vorgaben des § 76 Abs. 2 WHG ist das Land verpflichtet, mindestens an den Gewässerabschnitten Überschwemmungsgebiete festzusetzen, bei denen innerhalb der Risikogebiete ein Hochwasserereignis statistisch einmal in 100 Jah-

b. w.

ren zu erwarten ist, sowie in den Gebieten, die zur Hochwasserentlastung und Rückhaltung beansprucht werden. Die Vorgaben verfolgen vor allem den Zweck, Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und hochwassergefährdete Bereiche nicht neu zu bebauen bzw. nur noch hochwasserangepasst zu nutzen.

In Rheinland-Pfalz betrifft dies Flächen an den größeren Gewässern mit einer Gesamtlänge von ca. 3 600 km. An 85 % dieser Abschnitte sind bisher schon Überschwemmungsgebiete festgesetzt, allerdings nicht überall im erforderlichen Ausmaß (mindestens 100-jährliches Hochwasserereignis).

Zu Frage 2:

Soweit Unterlagen über die Ausdehnung abgelaufener, mindestens 100-jährlicher Hochwasserereignisse für die Erstellung der Hochwassergefahrenkarten an den betroffenen Gewässern nicht vorlagen, mussten diese berechnet werden. Dies erfolgte nach modernen, fachlich anerkannten Methoden (hochgenaue Laserscan-Vermessung, ergänzende terrestrische Vermessung, Aufstellung von digitalen Geländemodellen, statistische Abflussberechnung, Wasserspiegellagenberechnung).

Zu Frage 3:

Bereits ohne Festsetzung durch Rechtsverordnung sind faktische Überschwemmungsgebiete dem Gebot des § 77 WHG folgend in ihrer Funktion als Rückhalteflächen zu erhalten. Soweit einer solchen Erhaltung Gründe des Wohls der Allgemeinheit entgegenstehen, sind rechtzeitig die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen zu treffen. Dieses rechtliche Gebot bindet alle Behörden und Planungsträger bereits ohne Festsetzung eines Überschwemmungsgebiets durch Rechtsverordnung und beinhaltet eine sehr hohe Hürde z. B. für bauliche Maßnahmen.

Nach Festsetzung durch Rechtsverordnung gelten – auch für die bisher schon festgesetzten Überschwemmungsgebiete – die in § 78 WHG festgelegten Einschränkungen für die Nutzung des Gebietes.

Zu den Fragen 5 und 6:

Die Auswirkungen auf die Entwicklung und Bewirtschaftung der betroffenen Gebiete sowie damit auf die betroffene Bevölkerung ergeben sich bereits aus den natürlichen Fakten, d. h. der zu erwartenden Überflutung bei einem entsprechenden Hochwasserereignis; auf die Vorbemerkung wird verwiesen. Ziel der Überschwemmungsgebietsausweisung ist daher auch die Information über vorhandene Hochwasserrisiken und daran anknüpfend die Durchführung von Hochwasservorsorgemaßnahmen zur Verminderung von Hochwasserschäden. Im Übrigen ergeben sich die Auswirkungen aus den gesetzlichen Verboten und Nutzungseinschränkungen sowie den Möglichkeiten für Ausnahmegenehmigungen in § 78 WHG.

Zu Frage 7:

Die in der Frage angesprochene Vorbemerkung (24) der HWRM-RL betrifft die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und der Verhältnismäßigkeit in Bezug auf Rechtssetzungsakte der Europäischen Union gemäß Artikel 3 b des Vertrags von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (2007/C 306/01), der Artikel 5 des Vertrags zur Gründung der EG abgelöst hat. Der Vorbemerkung (24) kommt für das Handeln der Behörden des Landes insofern keine Bedeutung zu.

Im Übrigen ist zwischen der SGD Süd und der Gemeinde Haßloch vereinbart, eine Studie in Auftrag zu geben, die die Möglichkeiten zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in Haßloch aufzeigen soll. Für die Gemeinde Haßloch soll damit sowohl der Schutz vor Hochwassergefahren, die sich aus den für Haßloch zugrunde liegenden Gefahrenkarten ergeben, verbessert, als auch die weitere bauliche Entwicklung der Gemeinde in angemessenem Umfang zukünftig gesichert werden.

Ulrike Höfken
Staatsministerin